

KoMa-Pressemitteilung

Ärzten brauchen keine Nachhilfe von Politikern Mainzer SPD soll zuhören, anstatt zu diffamieren!

Mainz, 21.12.2007. Als eine dreiste Frechheit und unglaubliche Anmaßung sieht die Bürgerinitiative Kohlefreies Mainz e.V. (KoMa) die überzogene Kritik des Fraktionsvorsitzenden der SPD im Mainzer Stadtrat, Oliver Sucher, und des umweltpolitischen Sprechers Gerbert an die Adresse der Ärzteinitiative gegen das geplante Kohle-Großkraftwerk in Mainz.

Ein solch rüder Umgang wie mit den Ärzten aus Mainz und Umgebung, die sich aus Sorge um die Gesundheit gegen ein neues Kohlekraftwerk in Mainz ausgesprochen haben, ist in Mainz leider kein Einzelfall. Als im Mai 49 Professoren sich in einem offenen Brief gegen den Bau des Kohlekraftwerks aussprachen, meinte Oberbürgermeister Beutel, von oben herab, die Professoren – unter ihnen auch ein Nobelpreisträger – sollten sich, anstatt über Klimaschutz besser mal Gedanken über ihren Professorenstatus Gedanken machen.

Die niveaulose Wortwahl zeigt auch heute wieder, wie bei einigen Politikern die Nerven blank liegen. Ungeheuerlich ist die Unterstellung, die Ärzte würden "im Stil von Sektenpredigern" sich dem "Arsenal des Schreckens" bedienen, um möglicherweise einen Anstieg behandlungsbedürftiger Erkrankungen zu erzeugen!

„Wer so spricht disqualifiziert sich unserer Ansicht nach völlig von der weiteren Diskussion,“ kritisiert KoMa-Vorsitzender Christof Schulz. **„Verantwortungsvolle Politiker würden die Warnung von über 160 Ärzten ernst nehmen, anstatt ihnen zu drohen. Zumal deutschlandweit tausende Ärzte dieselben Bedenken äußern gegen den Bau von Kohlekraftwerken.“**

Stattdessen schiebt Herr Sucher die möglichen Erkrankungen jetzt schon denen in die Schuhe, die frühzeitig vor den Gefahren warnen! Diese Argumentation sollte nicht nur den eigenen Parteikollegen schwer zu denken geben.

Dabei kennen offensichtlich weder die Mainzer SPD den wahren Schadstoffausstoß noch der Vorstand der KMW das, was er selbst beantragt hat. Auch scheint ihnen die Vorbelastung in Mainz unbekannt zu sein!

Die KMW beantragen durch den 150 m hohen Schornstein folgende Schadstoffmengen ausstoßen zu dürfen: Stickoxide 2 030 t, Schwefeldioxid 2 000 t, Feinstaub 390 000 kg. Mit dem Feinstaub werden zusätzlich 10 725 kg giftige Schwermetalle sowie 230 kg Quecksilber in der Umwelt verteilt. Und dies für die nächsten 40 Jahre!

Die Belastungen durch diesen Schadstoff-Dauercocktail seien, so die KMW, "nur verschwindend gering". An der Parcusstraße, Nähe Hauptbahnhof, einem der hochbelasteten Messpunkte in Mainz, soll die Zusatzbelastung lediglich 0,1 Prozent der erlaubten Grenzwerte betragen.

Da dient eine einfache Rechnung der Aufklärung, um solche Verharmlosung richtig einzuordnen: Der zulässige Jahresmittelwert (JMW) beträgt in Deutschland 40 Mikrogramm pro Kubikmeter Luft. 0,1 Prozent davon sind 0,04 µg. Demnach könnte man auf den bereits vorhandenen JMW von 30 µg/m³ noch die Staublast von 250(!) baugleichen Kohlekraftwerken, draufpacken bis der zulässige Grenzwert erreicht wird.

„Wer soll denn ernsthaft glauben, dass 250 Kohlekraftwerke in Mainz genehmigungsfähig wären?“ fragt Schulz. „Die Mainzer SPD muss in der vorgelegten Immissionsprognose endlich das erkennen, was sie ist: Eine gefährliche Täuschung der Öffentlichkeit über die wahren Verhältnisse.“

Aus Sicht von KoMa ist es dabei wichtig zu erwähnen, dass nicht alle Sozialdemokraten der KMW folgen. Die Wiesbadener SPD lehnt das geplante Kohlekraftwerk klar ab – auch wegen den möglichen gesundheitlichen Folgen einer weiteren Verschlechterung der Luftqualität in der Region.

KoMa begrüßt es ausdrücklich, dass sich die Mainzer Ärzteschaft zu Wort gemeldet hat und hofft, dass sich weitere Ärzte aus Mainz und Umgebung mit den bereits 160 Ärzten solidarisieren werden.

Der Mainzer SPD empfiehlt KoMa die kommenden Weihnachtstage zu nutzen um die eigene Position zum Kohlekraftwerk in Ruhe und eingehend zu überdenken. „Mainz braucht kein überdimensioniertes Kohlekraftwerke, dass neben tonnenweise Schwermetallen und Feinstaub über 4 Millionen Tonnen CO₂ ausstößt,“ findet Schulz. „Es ist höchste Zeit, die Pläne aufzugeben, sich der Verantwortung für die Bevölkerung bewusst zu werden und eine grundsätzliche Wende hin zu einer klimafreundlichen Energiepolitik einzuschlagen.“